
Forschungsbericht

Michael Hölscher

Sicherheitsgefühl und Überwachung

Eine empirische Studie zu Einstellungen der Bürger zur Videoüberwachung und ihrer Erklärung*

„Big brother is watching you!“ – So titelten verschiedene Zeitschriften Anfang 2000, 16 Jahre nach dem Orwellschen Jahr. Der Anlaß war die aufkommende Debatte über die Einführung von Videoüberwachung in deutschen Städten.¹ Bereits 1996 wurden in Leipzig die ersten Kameras zur Überwachung öffentlicher Räume und Plätze von der Polizei aufgestellt. Mittlerweile sind dem Beispiel weitere Städte gefolgt und es wird über eine bundesweite rechtliche Regelung der Videoüberwachung nachgedacht.

Die videogestützte, verdachtsunabhängige Überwachung ist eine ernste Verletzung der Freiheitsrechte der Bürger und Bürgerinnen und deshalb begründungsbedürftig. „In jedem Fall stellt eine Videoüberwachung, selbst wenn sie offen durchgeführt wird, einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar“ (Roggan 2001a, o.S.). Die wenigen bestehenden rechtlichen Richtlinien sehen daher vor allem den Einsatz an sogenannten „Kriminalitätsschwerpunkten“ vor.² Dabei scheint die Mehrheit der Bevölkerung den Maßnahmen positiv gegenüber zu stehen und sie zu befürworten. So berichtet Simon (2001, S. 15) etwa von einer Zustimmung zur Videoüberwachung von 85%.³ Ronneberger spricht in diesem Zusammenhang von einer „Renaissance der öffentlichen Ordnung“, in der „nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer Interventionen werden“ (Ronneberger 2000, S. 130).

Manfred Murck (1978, S. 203) weist aber auf ein auch heute noch aktuelles Problem hin: „Für den Sicherheitsbereich läßt sich beobachten, daß mit dem pauschalen Verweis auf Angst und Zorn ‚des Bürgers‘ gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen begründet werden, ohne daß spezifische Sorgen analysiert und berücksichtigt und

* Die Studie wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Steffen Wilsdorf vom Institut für Soziologie der Universität Leipzig sowie Studierenden durchgeführt, denen ich ebenso danke wie Jürgen Gerhards, Matthias Junge, Editha Marquardt, Detlef Nogala, Jörg Rössel und Jochen Roose für hilfreiche Hinweise.

1 In England wird sehr viel umfangreicher und schon länger überwacht.

2 Etwa: „Öffentlich zugängliche Orte, an denen vermehrt Straftaten begangen werden oder bei denen aufgrund der örtlichen Verhältnisse die Begehung von Straftaten besonders zu erwarten ist, dürfen mittels Bildübertragung durch den Polizeivollzugsdienst offen und erkennbar beobachtet werden(...)“ (§ 29 IV BremPolG-Entwurf, zitiert nach Roggan 2001a).

3 Ähnlich Wehrheim 2000, S. 39.

entsprechende Erfolgskontrollen durchgeführt werden“. Ein so gravierender Eingriff in die Freiheit des Individuums, wie ihn die Videoüberwachung darstellt, bedarf aber der genauen Prüfung, inwieweit die durch ihn erzielten Sicherheitsgewinne die Kosten überhaupt rechtfertigen. Es fehlen in diesem zentralen Bereich in breitem Umfang genauere Daten zu den spezifischeren Sicherheitsvorstellungen, sowohl was Ängste, vor allem aber was die subjektiv erlebten Sicherheitsgewinne verschiedener Maßnahmen angeht.⁴ Die fehlenden deskriptiven Daten führen letztlich zu einer mangelhaften Datenbasis für mögliche Erklärungen von Unsicherheit und der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen. „Untersuchungen über die tatsächlichen Effekte von Videoüberwachung – also Haupt- und Nebeneffekte – gibt es praktisch nicht. Offenbar haben also weder Anbieter, noch Politik, noch Anwender ein ernsthaftes Interesse, Nutzen und Nachteile von Videoüberwachung systematisch zu untersuchen“ (Gantner 2001, S. 79). Es ist eine empirisch also immer noch offene Frage, wie sich die Einstellungen der Bürger zur Videoüberwachung gestalten.

1. Fragestellung und Datengrundlage

Aus diesem Grund stellt die vorliegende Studie die Ergebnisse einer Umfrage unter Leipziger Bürgerinnen und Bürgern vor. Leipzig bietet sich insofern an, weil es, was Videoüberwachung angeht, „als das Modellprojekt zur Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland“ (Wehrheim 2000, S. 35) gilt. Der Fokus unserer Befragung lag dabei auf der Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze durch die Polizei. Private Wohnungen, der Arbeitsplatz und semiöffentliche Räume, wie etwa Geschäfte, sowie private Sicherheitsfirmen tauchen nur am Rande auf.

In den folgenden Kapiteln geht es uns erstens um eine Beschreibung der Einstellungen zur Videoüberwachung, zweitens aber auch um eine Erklärung dieser Einstellungen. Bei der Beschreibung sind wir im Engeren auf die zwei Bereiche Sicherheitsgefühl⁵ und Videoüberwachung eingegangen. Wir wollten erstens erfahren, wie sicher sich die Befragten in der Öffentlichkeit fühlen und welche Bedrohungen sie fürchten. Der Schwerpunkt liegt aber auf dem zweiten Punkt: Wieviel wissen sie über die Videoüberwachung und woher, wie stehen sie dazu, was erwarten sie davon?

Neben der reinen Deskription versuchen wir aber auch, Erklärungen für die Einstellungen der Befragten zu finden. Dafür kommen mindestens vier Faktoren in Frage. In verschiedenen Studien konnte gezeigt werden, daß ältere Menschen und Frauen ein größeres Unsicherheitsgefühl haben, was sicherlich wiederum Auswirkungen auf die Einschätzung der Videoüberwachung hat.⁶ Daher soll der Zusammenhang der Ein-

4 Aktuelle Veröffentlichungen zum Thema kommen vor allem aus dem angloamerikanischen Raum, z.B. Fiske 1998, Lyon 2001, Norris/Armstrong 1999, Whitaker 1999. Deutsche Veröffentlichungen sind etwa Nogala 2000, 2002, Reuband 2001, Wehrheim 2000 und König 2001 (zu Österreich) sowie die sehr gute Diplomarbeit von Stierand 2000.

5 Frevel (1999, S. 60) weist darauf hin, daß vor allem in der Kriminologie der Begriff „Kriminalitätsfurcht“ anstelle von „Sicherheitsgefühl“ verwendet wird. Der Begriff scheint uns aber zu eng auf tatsächliche Straftaten zugeschnitten.

6 Z.B. Stadt Leipzig 2000, S. 91f. Die größere Unsicherheit steht dabei im Gegensatz zu einer geringeren Viktimisierungsgefahr. Dieser Zusammenhang wird häufig mit dem Konzept der „Vulnerabilität“ bzw. der persönlichen Copingfähigkeit erklärt (vgl. dazu Reuband 1992a, S. 347f; Frevel 1999, S. 61).

stellungen mit soziodemographischen Variablen analysiert werden. Zweitens ist einer der wichtigsten Erklärungsfaktoren vermutlich der im vorigen Satz schon angesprochene Zusammenhang zwischen den beiden von uns untersuchten Bereichen Sicherheitsgefühl und Videoüberwachung direkt, denn die Verbesserung des Sicherheitsgefühls wird als eines der Hauptargumente für die Überwachung angeführt.⁷ So ist es plausibel davon auszugehen, daß Personen, die sich im öffentlichen Raum unsicher fühlen, eher einer Observierung zustimmen. Wir überprüfen drittens, inwieweit die globale Befürwortung bzw. Ablehnung der Kameras mit den spezifischeren Einschätzungen des Themas zusammenhängt. Diesen spezifischen Einstellungen liegen allerdings wiederum in gewissem Maße generalisierte Werte zugrunde. Daher wollen wir viertens testen, inwieweit auch bestimmte allgemeinere Werte die Zustimmung zur Videoüberwachung beeinflussen.

Die Datengrundlage für die Analysen bildet eine mündliche Befragung von 770 Leipzigern und Leipzigerinnen, die im Juni 2000 von uns durchgeführt wurde. Es handelt sich um eine nach Alter und Geschlecht geschichtete Quotenstichprobe von Personen im Alter über 15 Jahren.⁸ Die Quotierung wurde ergänzt durch die Befragung an über 30 verschiedenen Standorten.

Wie sieht es nun mit den Ergebnissen aus? Wir wollen im Folgenden auf drei deskriptive Bereiche eingehen. In einem ersten Schritt werden die Daten zum Sicherheitsgefühl dargestellt (2.1). Anschließend werden wir die Einstellungen zur Videoüberwachung referieren, und zwar unterteilt in globale (2.2) und spezifische (2.3) Einstellungen. In Kapitel 3 werden wir schließlich ein Erklärungsmodell für diese Einstellungen präsentieren.

2. Deskriptive Befunde

2.1 Sicherheit

Über 70% der Befragten fühlen sich sicher in Leipzig, ein knappes Viertel eher unsicher und nur 4,5% sehr unsicher. Auch wenn man die Frageformulierung verschärft („Haben Sie Angst, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrer Wohngegend allein durch die Straßen gehen?“), verschieben sich die Antworten nicht übermäßig stark. Die Ergebnisse liegen damit in Bereichen, die auch von anderen Studien berichtet werden (Dörmann/Remmers 2000, S. 29; Frevel 1999, S. 69; Stadt Leipzig 2000, S. 91f).⁹ In einer offenen Frage konnte zusätzlich angegeben werden, wodurch man sich in der Öffentlichkeit bedroht fühlt. Mit Abstand am häufigsten wurden „Rechte“ genannt (117 Nennungen). Faßt man diese unter der Oberkategorie „Politische Extreme“ (45 Nennungen) mit den „Linken“ (lediglich 5 Nennungen) zusammen, so kommt man hier auf insgesamt 167 Erwähnungen.

7 Reuband weist auf einen mit der Kriminalitätsfurcht der Bürger begründeten Paradigmenwechsel in der Kriminalpolitik hin, der zur „Vorverlagerung der Kontrolle auf Tatgelegenheiten und potentielle Tätergruppen“ führt (Reuband 2001, S. 6).

8 Siehe zum Vergleich von Quoten- und Randomstichproben Reuband, 1998.

9 Die Anfang der 90er Jahre festgestellte größere Unsicherheit der Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschland hat sich in den letzten Jahren anscheinend angeglichen (vgl. Dörmann/Remmers 2000, S. 29ff).

Tabelle 1: In Öffentlichkeit bedroht durch... (max. 2 Nennungen möglich)

	Häufigkeit	Prozent*
Rechte	117	17,73
Hunde	106	16,06
Jugendliche	98	14,85
Ausländer	89	13,48
Raub/Überfall	57	8,64
Schlägerei/Krawalle/Zusammenrottung	55	8,33
Diebstahl/Handtaschenraub	47	7,12
Politische Extreme	45	6,82
Betrunkene	38	5,76
Soziale Randgruppen	33	5,0
Übergriffe auf Personen	22	3,33
Drogendelikte	21	3,18
Sexualdelikte	15	2,27
Polizei/Kamera	12	1,82
Linke	5	0,76
Sonstiges	99	15,0
Fühle keine Bedrohung	72	10,91

*Gültige Prozent in Bezug auf die 660 Befragten mit mindestens einer Antwort. 14,3% (110) hatten keine Meinung. Die Summe ergibt über 100%, da es von 271 Personen zwei, d.h. insgesamt 931 Nennungen gab.

Ebenfalls oft genannt wurden Jugendliche allgemein, wobei es hier in der Wahrnehmung der Leute ebenfalls Überschneidungen mit den politisch Extremen geben dürfte. Die beiden nächsthäufig genannten Kategorien sind Hunde¹⁰ und, mit 89 Nennungen immerhin von über 13% der Leuten genannt, Ausländer. Wie man an diesen Zahlen sieht, fühlt sich ein großer Teil der Befragten nicht so sehr durch konkrete Straftaten bedroht, sondern eher durch Randgruppen und sogenannte „Incivilities“, wie dies bereits andere Studien berichten konnten (Dörmann/Remmers 2000; Frevell 1998, S. 45-59).

2.2 Globale Einstellungen zur Videoüberwachung

Wie sieht es aber mit der Videoüberwachung aus? Immerhin 90,4% der Befragten wußten über die Maßnahme Bescheid. Die Einstellungen zur Überwachung wurden direkt mit Hilfe von zwei Items erhoben. Einmal lautete der Text „Sind Sie für oder gegen Videoüberwachung im öffentlichen Raum“, die Antwortmöglichkeiten reichten auf einer vierstufigen Skala von „ausnahmslos dafür“ bis „ohne Ausnahme dagegen“.

10 Hier gibt es vermutlich eine Verzerrung durch einen Periodeneffekt. Kurz zuvor hatte es eine Medienkampagne gegen Kampfhunde gegeben, nachdem kurz hintereinander mehrere Menschen durch sie verletzt worden waren. In der Studie von Dörmann/Remmers wurden Hunde in einer offenen Zusatzfrage lediglich von 0,2% der Befragten erwähnt.

Tabelle 2: Globale Einstellungen zur Videoüberwachung

	Häufigkeit	Prozent*	Kumulierte Prozent
Ausnahmslos dafür	244	32,7	32,7
Eher dafür	347	46,5	79,1
Eher dagegen	109	14,6	93,7
Ausnahmslos dagegen	47	6,3	100,0
N	747	100,0	

* Gültige Prozent; 2,6% hatten keine Meinung, 0,4% sind Missings.

Es zeigt sich die schon erwähnte starke Zustimmung der Bevölkerung zu der Maßnahme. Immerhin 79,1% der Befragten sind sehr oder eher für Videoüberwachung. Nur ein knappes Fünftel ist eher oder ausnahmslos dagegen.

Ein ergänzendes Bild gibt uns das zweite Item, das danach fragte: „Sollten in Leipzig noch weitere Videokameras installiert werden?“. Auch wenn 80% der Befragten für Videoüberwachung sind, meint nur knapp die Hälfte der Befragten, daß man weitere Kameras aufstellen sollte. Etwa 40% sind der Meinung, daß die existierenden Kameras ausreichend seien, nur ein Achtel ist für den Abbau bereits vorhandener. Der Zusammenhang zwischen beiden Variablen ist stark, wie zu vermuten war. Wer sich für die Videoüberwachung ausspricht, ist tendenziell auch für die Installation weiterer Kameras. Die beiden Variablen lassen sich für die multivariaten Rechnungen zu einem additiven Index zusammenfassen, um so Meßfehler aus einer der beiden Variablen ausgleichen zu können.

2.3 Spezifischere Einstellungen zur Videoüberwachung

Neben der globalen Einstellung zur Videoüberwachung wurden auch spezifischere Daten erhoben. So wurde anhand einer Liste von Orten abgefragt, ob man dort die Überwachung für „sinnvoll (1)“, „teils/teils (2)“ oder „nicht sinnvoll (3)“ empfindet. Dabei ergibt sich ein deutliches Schema:

Tabelle 3: An welchen Orten ist Videoüberwachung sinnvoll?

„Es gibt auch andere Bereiche, in denen Videoüberwachung eingesetzt wird oder werden könnte.“

Wie sinnvoll halten Sie das ...“	Mittelwert
in Banken und Geschäften	1.2
an Tankstellen	1.29
in Fußgängertunneln	1.3
auf Bahnhöfen	1.33
auf Kinderspielplätzen	1.74
in Verkehrsmitteln der LVB	1.74
in Parkanlagen	1.83
in Wohngebieten	2.16
in öffentlichen Ämtern	2.26
am Arbeitsplatz	2.77

Es zeigen sich deutlich drei Gruppen von Orten: Erstens wird eine Videoüberwachung in Banken, Tankstellen, Fußgängertunneln und auf Bahnhöfen von einer brei-

ten Mehrheit befürwortet. An den meisten dieser Orte wird bereits gefilmt, die Tunnel fallen vermutlich in diese Kategorie, weil dort ein besonders hohes subjektives Bedrohungsgefühl herrscht. Eine zweite Gruppe bilden die Kinderspielplätze, die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und die Parkanlagen. Während sich auch hier noch die meisten Befragten für die Überwachung aussprechen, ist die Zustimmung schon bei weitem nicht mehr so hoch. Bei der dritten Kategorie von Orten schließlich findet sich eine Mehrzahl, die sich gegen die Videoüberwachung ausspricht: In Wohngebieten und öffentlichen Ämtern, besonders deutlich aber am Arbeitsplatz möchte kaum jemand von der Kamera beobachtet werden. Was unterscheidet die Ortskategorien? Erstens handelt es sich bei der ersten vor allem um (semi-)öffentliche Räume, in denen in irgendeiner Form Geschäfte getätigt werden. Anscheinend ist die hier bereits geschehene Einrichtung privater Überwachungskameras breit akzeptiert, was Ausdruck der vielzitierten „Macht des Faktischen“ sein kann. Zweitens rücken die Orte von Kategorie eins bis drei immer näher an das Individuum und seine Privatsphäre heran.

Anhand verschiedener Items haben wir auch Gründe für bzw. gegen die Videoüberwachung sowie die Einschätzung der Wirksamkeit der Maßnahme erhoben. Fragt man direkt nach der Verhütung von Straftaten, so ist sich nur knapp die Hälfte (49,5%) sicher, daß dies durch Videoüberwachung geleistet wird. Weitere 33,5% sind sich nicht sicher, 17% verneinen dies rundheraus.¹¹ Der Aussage, daß sich seit der Installation der Videoüberwachung die Sicherheit der Bürger deutlich verbessert hat, stimmen nur noch 32,1% zu.¹² Bei der offenen Nachfrage, welche Straftaten denn vermindert werden könnten, werden mit Abstand am häufigsten die Kategorien Diebstahl/Handtaschenraub, Raub/Überfall und Drogendelikte genannt (jeweils über 20% der Befragten bzw. über 200 Nennungen). Vergleicht man diese Angaben mit denen zum Bedrohungsgefühl (s.o.), so fällt die geringe Übereinstimmung auf. Zusammen genommen waren diese drei Kategorien lediglich von 16% der Befragten erwähnt worden. Es scheint also ein Mißverhältnis zwischen der Art der Bedrohung und dem erwarteten Sicherheitsgewinn in Bezug auf die Videoüberwachung zu geben. Daneben wird ein häufig in der öffentlichen Debatte und auch in der wissenschaftlichen Literatur vorgetragener Einwand auch von den Befragten unserer Studie gesehen: 62,1% sind der Meinung, daß sich die kriminellen Handlungen durch die Überwachung lediglich auf andere Orte verlagern.¹³ Daneben gibt es weitere Bedenken: Knapp 70% stimmen der Aussage voll und ganz zu, daß es trotz der Überwachung zu lange dauert, bis die Polizei kommt und den Täter verhaftet, nur 9% finden dies nicht. Daher setzt auch die Hälfte der Befragten eher auf Polizeistreifen als auf die Kameras!¹⁴, knapp 40% würden das Geld lieber in die Ursachenbekämpfung stecken.¹⁵

Insgesamt kann man also bisher festhalten, daß die Videoüberwachung von einer relativ breiten Bevölkerungsmehrheit durchaus befürwortet wird. Allerdings sind die Anga-

11 „Glauben Sie, dass durch diese Maßnahme Straftaten verhütet werden?“ (Antwortkategorien: ja, vielleicht und nein). Reuband (2001, S. 7) kommt bei einer ähnlichen Frage auf eine Zustimmung von um die 80%, allerdings subsumiert er unverständlicherweise die Kategorie teils/teils unter Zustimmung, womit auch wir auf 83% kämen.

12 Werte 1 (12,7%) und 2 (19,4%) auf einer fünfstufigen Skala von 1 „stimme völlig zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“.

13 Skala siehe Fußnote 12 (Wert 1=35,3%, Wert 2=26,8%).

14 S.o. Wert 1= 25,1%, 2= 23%, 3=24,2%, 4=13,5%, 5=14,3%.

15 S.o. Wert 1= 19,1%, 2=19,2%, 3= 24,6%, 4= 16,1%, 5= 21,1%.

ben, die die Befragten bei genauerem Nachfragen machen, wesentlich differenzierter. Die Sinnhaftigkeit der Maßnahme wird bei weitem nicht mehr so eindeutig bejaht, alternative Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung sogar von den meisten Befragten bevorzugt.

3. Erklärung der Einstellungen zur Videoüberwachung

Ziel der Studie war nicht nur die Beschreibung, sondern auch der Versuch einer Erklärung der Einstellungen zur Videoüberwachung anhand von vier Faktoren. Wie bereits oben erwähnt, gibt es aus vorliegenden Studien Hinweise auf einen Zusammenhang von Einstellungen zur Videoüberwachung mit soziodemographischen Variablen wie Alter und Geschlecht. Als drei weitere Einflußfaktoren haben wir oben das Sicherheitsgefühl, spezifische Einstellungen sowie generalisierte Werte eingeführt. Im Folgenden werden deshalb alle vier empirischen Erklärungsansätze in ein gemeinsames Modell (multiple Regression) aufgenommen und in ihrem Einfluß miteinander verglichen.

3.1 Ein integriertes Modell zur Erklärung von Einstellungen zur Videoüberwachung

Bei der Erklärung von unterschiedlichen Einstellungen konkurrieren in der Soziologie neben dem Einfluß soziodemographischer Merkmale einerseits Ansätze, die im Rahmen der Rational Choice-Theorie Überzeugungen aus den daraus resultierenden Kosten- und Nutzen-Überlegungen abzuleiten versuchen, und auf der anderen Seite Theorien, die Einstellungen auf tieferliegende Werte zurückführen. In unserem Modell versuchen wir, die drei theoretischen Richtungen zu integrieren.

Der Fragebogen enthielt Angaben zu Geschlecht, Alter, zu Kindern im Haushalt sowie zum höchsten Schulabschluß, die sich im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit Videoüberwachung analysieren lassen. In der Literatur wird berichtet, daß ältere, weniger hoch gebildete sowie weibliche Personen mehr Angst davor haben, Opfer eines Verbrechens zu werden (Frevel 1999, S. 67ff).¹⁶

Zwar haben wir nicht direkt die Kosten und Nutzen sowie die dazugehörigen Wahrscheinlichkeiten, die für ein RC-Modell notwendig wären, erhoben, aber dennoch lassen sich verschiedene Items in diesem Sinne lesen. Wir gehen davon aus, daß die Befragten anhand ihres Wissens und ihrer persönlichen Präferenzen „kalkulieren“, ob sich die Videoüberwachung für sie „rechnet“, so daß eine Erklärung ihrer Einstellung zur Videoüberwachung über die entsprechenden Fragen möglich ist.

Für diesen Bereich stehen Indikatoren wie die subjektive Sicherheit. Wer sich besonders unsicher fühlt, der zieht aus der Überwachung besonders großen Nutzen. Aber auch Kosten wurden abgefragt. So haben wir etwa erhoben, ob die Leute sich durch die Kamera beobachtet und in ihren Handlungen eingeschränkt fühlen oder ob sie Videoüberwachung für Geldverschwendung und einen Eingriff in ihre persönliche Freiheit halten. Daneben wurden auch verschiedene Gründe, die für oder gegen die Kameras sprechen, abgefragt, die sich entfernt als Wahrscheinlichkeiten des Nutzens/der Kosten interpretieren lassen. Hierzu zählt etwa die Frage: „Glauben Sie, daß durch diese Maßnahme Straftaten verhütet werden?“. Denn nur, wenn man diese bejaht, macht

16 Die Ergebnisse zum Einfluß des Geschlechts sind allerdings nicht eindeutig, vgl. Reuband 2001, S. 8; Präventionsrat der Stadt Lingen (Ems) 2000, S. 145.

die Zustimmung zur Videoüberwachung Sinn.¹⁷ Aber auch die eher skeptischen Aussagen „Videoüberwachung ist nicht notwendig, wenn Polizeistreifen für Sicherheit sorgen“, „Durch die Videoüberwachung verlagern sich die kriminellen Handlungen nur auf andere Orte“, „Das Geld für den Kamera Kauf kann sinnvoller zur Ursachenbekämpfung von Kriminalität genutzt werden“ und „Obwohl die Kameras ein Verbrechen aufnehmen, dauert es zu lange, ehe die Polizei kommt und den Täter verhaftet“ kann man hierzu zählen. Von unseren vier Erklärungsfaktoren lassen sich dem Bereich der RC-Ansätze also das Sicherheitsgefühl und die spezifischeren Einstellungen subsumieren.

Neuere Ansätze in der RC-Theorie gehen davon aus, daß sich Werte über sogenannte Frames- bzw. Habitkonzepte in die aktuelle Situationsdefinition einbinden lassen und insofern Einfluß auf die Prioritäten und damit auch auf die Kosten-Nutzen-Kalkulationen nehmen können. Werte sind als gesellschaftsübergreifende, allgemeine Orientierungen „kognitive und emotional besetzte Muster der Kategorisierung der Welt und der inneren Einstellung der Akteure“ und sie „steuern auf diese Weise das Handeln nachhaltig“ (Esser 1994, S. 80). Sie werden in gewissem Rahmen als wandelbar, auf individueller Ebene aber doch als zeitlich relativ stabil angesehen. Nach Rokeach steuern „Werte die Präferenzentscheidungen für bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen“ (Herbert/Hippler 1991, S. VII). Bei der Abgrenzung von Werten und Einstellungen gibt es allerdings noch immer „definitivische Unsicherheiten und Unstimmigkeiten“ (Klages 1989, S. 808). Während Klages unter Werten „zentrale ‚dispositionelle‘ Orientierungs- und Steuerungsinstanzen des ‚personalen Systems‘“ (Klages 1989, S. 807) versteht, sind Einstellungen für ihn „objektbezogene Bewertungen“ (S. 808). Es wird davon ausgegangen, daß die tieferliegenden Werte die spezifischeren Einstellungen, wenn nicht determinieren, so doch in erheblichem Maße mit beeinflussen. Diesen Zusammenhängen wollen wir hier aber nicht weiter nachgehen, sondern die Werte direkt als vierten Faktor zur Erklärung der globalen Einstellung zur Videoüberwachung heranziehen.

Für den Bereich der Werte haben wir vor allem auf sehr allgemeine klassische Items zurückgegriffen. Es wurde die Links-Rechts-Selbsteinschätzung für die Politik und die generelle Frage, ob einem Freiheit oder Sicherheit wichtiger sei, erhoben sowie mit dem Materialismus-Postmaterialismus-Index¹⁸ eine weitere Wertedimension abgefragt. Wir gehen davon aus, daß auch diese Werteinstellungen einen Einfluß auf die Einschätzung der Videoüberwachung haben. Bei dem Ranking von Freiheit oder Sicherheit ist dies unmittelbar einsichtig. Wer mehr auf Sicherheit setzt, wird eher pro Kameras sein. Bei der politischen Einschätzung könnte man vermuten, daß die politische Linke eher der liberalen Tradition nahesteht, sich also vermutlich gegen Überwachung ausspricht. Dies legt auch der politisch institutionalisierte Protest nahe, der vor allem von den linken Parteien, Grüne/Bündnis 90 und PDS, getragen wird.¹⁹ Das dritte Item, der Materialismus-Postmaterialismus-Index, bestimmt sich aus dem

17 Aus dieser Frage sowie drei weiteren Items wurde ein gemeinsamer Faktor gebildet, der für den geschätzten Erfolg der Videoüberwachung steht.

18 Gut erklärt wird dieser in Inglehart 1981.

19 Interessant ist dabei, daß die PDS-Führung sich zwar gegen die Videoüberwachung ausspricht, damit aber nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder repräsentiert, die eine ähnlich hohe Zustimmung aufweisen (Mittelwert für den Einstellungsindex = 2,9) wie die Durchschnittsbevölkerung (2,6). Dies ist bei den Grünen anders (3,8).

Ranking von vier Statements zu gesellschaftlichen Zielen.²⁰ Wir gehen davon aus, daß Personen mit einer postmaterialistischen Einstellung, die sich mehr an sozialen Bedürfnissen und Selbstverwirklichung orientiert, eher gegen, während die sogenannten „Materialisten“ mit einer Ausrichtung an Ordnung und Sicherheit eher für die Überwachung sein dürften.

Wir haben nun die vier Erklärungsfaktoren soziodemographische Merkmale, subjektives Sicherheitsgefühl, spezifische Einstellungen zur Überwachung und allgemeine Werte theoretisch herausgearbeitet und können jetzt empirisch prüfen, inwieweit sie wirklich einen Einfluß auf die globale Einstellung zur Videoüberwachung haben. Dazu wurden alle Items in eine multiple Regression aufgenommen. Es zeigt sich, daß die meisten unserer Variablen tatsächlich einen signifikanten Einfluß auf die Einstellung zur Videoüberwachung haben. Dies gilt allerdings nicht für die Items „Verlagerung der Kriminalität“, „Geld besser zur Ursachenbekämpfung“ und „Polizei braucht zu lange“. Auffällig ist, daß auch der Einfluß aller soziodemographischen Variablen nicht signifikant und nur sehr klein ist, obwohl sie in bivariaten Rechnungen sehr wohl einen Einfluß haben. Dies deutet darauf hin, daß wir mit unseren beiden Fragen nach dem subjektiven Sicherheitsgefühl tatsächlich einen Großteil dieser Dimension erhoben haben, so daß die „stellvertretenden“ soziodemographischen Variablen keinen Einfluß mehr haben.²¹ Mit allen signifikanten Variablen haben wir nun ein abschließendes Modell zur Erklärung von Einstellungen zur Videoüberwachung gerechnet.

Tabelle 9: Einflußfaktoren auf die Einstellung zur Videoüberwachung (multiple Regression, N=542)

	Beta
Erfolgseinschätzung (Faktor)	0,348**
„Kameras sind Geldverschwendung“	-0,235**
„Video Eingriff in persönliche Freiheit“	-0,138**
„Fühle mich beobachtet“	-0,122**
„Freiheit oder Sicherheit?“ ^{a)}	0,101**
Materialismus-Postmaterialismus-Index	0,062**
„VÜ unnötig, wenn Polizeistreifen“	-0,052**
„Sicherheitsgefühl“	-0,045*
Politische Links-Rechts-Einschätzung	-0,043*

** signifikant auf dem 5%-Niveau,* signifikant auf dem 10%-Niveau; dargestellt sind die standardisierten Regressions-Koeffizienten

^{a)} Dummy-kodiert, Sicherheit als Referenzkategorie

Dieses hat eine sehr gute Varianzaufklärung von fast 70% (korrigiertes $R^2=0,688$). Den mit Abstand stärksten Einfluß hat der Faktor zur Erfolgseinschätzung. Wer davon

20 Sie lauten „Mehr Einfluß der Bürger auf Regierungsentscheidungen“, „Kampf gegen steigende Preise“, „Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land“. Die erste und dritte Aussage stehen dabei für eine postmaterialistische, die anderen beiden für eine materialistische Orientierung.

21 Soziodemographische Variablen haben keine soziologische Erklärungskraft aus sich selbst heraus, sondern stehen für eine bestimmte Lebenslage etc., in unserem Fall für eine höhere Unsicherheit innerhalb gewisser Personengruppen (bei Älteren z.B. aufgrund von Gebrechlichkeit u.ä.).

ausgeht, daß die Videoüberwachung tatsächlich die Sicherheit verbessert, unterstützt sie auch. Am zweitwichtigsten ist das Item „Geldverschwendung“. Je stärker jemand der Auffassung ist, daß sich die Aufstellung von Kameras finanziell „nicht lohnt“, um so stärker lehnt er/sie auch die Videoüberwachung ab. Einen im Vergleich zu den anderen Variablen eher geringen Einfluß haben das Sicherheitsgefühl, die politische Rechts-Links-Einschätzung, der Inglehart-Index und „Polizeistreifen statt Videoüberwachung“.²² Trotzdem sehen sich sicher Fühlende, eher Linksorientierte und post-materialistisch Eingestellte sowie die Polizeistreifen Unterstützende die Einrichtung von Kameras kritischer. Mittleren Einfluß haben die drei Items, die auf der Ebene der eigenen Freiheit liegen. Bei allen Variablen läuft der Einfluß in die prognostizierte Richtung.

4. Diskussion der Ergebnisse

Die hier vorgestellten Ergebnisse lassen sich in verschiedener Hinsicht kontextualisieren. Ein Vergleich mit anderen Studien ist dabei immer nur ausschnitthaft möglich, da es lediglich eine direkt vergleichbare wissenschaftliche empirische Studie gibt (Reuband 2001).

Videoüberwachung dient zunächst einmal einem dreifachen Zweck: Erstens der Aufklärung von begangenen Straftaten, zweitens der Abschreckung bzw. der Disziplinierung im Voraus und drittens, quasi als Ergebnis der ersten beiden, der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

Was die Aufklärung begangener Straftaten angeht, so zeigt sich in unseren Daten eine relativ große Skepsis, die anscheinend auch berechtigt ist. Wehrheim zitiert Daten der Leipziger Polizei, die von einer Aufklärungsquote von lediglich 0,9% mit Hilfe der Kameras trotz permanenter Observierung berichten (2000, S. 37). Auch Karstedt ist der Überzeugung: „Kriminalitätsraten folgen im städtischen Raum einer eigenen Entwicklungslogik und sind durchaus unabhängig von Kontrollstrategien“ (2000, S. 25). Ähnlich sieht es im Bereich der Abschreckung aus. Zwar werden von der Polizei oft dramatische Rückgänge der Verbrechensquoten berichtet (Sturm/Giese 2000, S. 18), aber knapp 2/3 der Befragten gehen davon aus, daß sich die Kriminalität lediglich an andere Orte verlagere, womit sie nicht alleine stehen: „Die Kamera verhindert nicht wirklich Verbrechen und Vergehen. Sie führt allenfalls zu einer Verlagerung der Delikte“ (Gantner 2001, S. 83). Kritiker weisen daher darauf hin, daß die eigentliche Aufgabe der Kameras nicht die Verhinderung von Straftaten, sondern von sogenannten „Incivilities“ sei, also von Verhalten, welches von den „gesittete[n] Verhaltensweisen honoriger Bürger“ (Ronneberger 2000, S. 129) abweicht. Dabei wird auf „substrafrechtliche Partikulärmormen“ (ebd., S. 131) zurückgegriffen. Ziel dieser Strategie, in welcher die Videoüberwachung nur eine Maßnahme unter vielen ist,²³ ist es, vor allem die repräsentativen Innenstädte als Konsumstätten im Rahmen eines globalen Wettbewerbs der „Ökonomie der Symbole“ (Zukin 1998) aufzuwerten und marginale Szenen wie Punker, Drogenabhängige, Obdach-

22 Auch Reuband (2001, S. 8) zeigt, daß die Kriminalitätsfurcht eher einen geringen Einfluß auf die Einstellungen zur Videoüberwachung hat, wenn man andere Variablen kontrolliert.

23 Siehe zu vielen anderen Methoden etwa Davis 1990.

lose und Ausländer²⁴ zu verdrängen. Ergebnis ist die ‚duale‘ oder polarisierte Stadt (Karstedt 2000, S. 30ff), in der sich Gewinner und Verlierer bzw. Integrierte und „Entbehrliche“ (Kronauer 1997, S. 46) gegenüberstehen.

Das oben angesprochene dritte Ziel der Videoüberwachung ist die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürger. Auch dies gelingt anscheinend nur sehr begrenzt. Lediglich ein knappes Drittel unserer Befragten stimmt der Aussage zu, daß sich durch die Kameras die Sicherheit der Bürger verbessert habe. Auch diese Zurückhaltung findet ihre Begründung bei verschiedenen Kritikern. Gantner (2001, S. 83) geht sogar davon aus: „Die Kamera erhöht nicht die Sicherheit, sondern verringert sie oftmals“. Der Grund dafür ist die sogenannte „Verantwortungs-Diffusion“. „Die Kamera verhindert kein Verbrechen, sie verhindert Hilfeleistung durch Umstehende“ (Gantner 2001, S. 82). Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang ist aber die nach den Ursachen der (angeblich) großen Kriminalitätsfurcht im öffentlichen Raum. Wie bereits oben erwähnt, läßt sich zeigen, daß Bedrohungsgefühl und Viktimisierungsgefahr nicht unmittelbar zusammen hängen. So werden ältere Menschen, trotz eines erhöhten Unsicherheitsgefühls, seltener Opfer von Kriminalität. Ähnliches galt für Ostdeutschland zu Beginn der Neunziger. Während die Verbrechensrate deutlich unter der von Westdeutschland lag, war das Bedrohungsgefühl stärker.²⁵ Insgesamt kann die Kriminalitätsfurcht trotz sinkender Kriminalitätsraten sogar zunehmen (Reuband 1992a). Ein wichtiger intervenierender Faktor ist sicherlich die Kommunikation über Kriminalität. „Die öffentliche Debatte und hierbei insbesondere die Medienberichterstattung konzentriert sich in vielen Fällen auf die schrill inszenierten Randphänomene. Dies löst bei Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheiten und diffuse Bedrohungsängste aus“ (Simon 2001, S. 15). Der momentan geführte (Un-)Sicherheitsdiskurs kann daher zu kontraproduktiven Nebeneffekten führen, wenn es um die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Menschen geht. Gantner weist darüber hinaus sogar auf einen möglichen gegenteiligen Effekt der Videokameras hin: „Eine bewußte ständige Überwachung führt bei vielen ‚normalen‘ Menschen zu permanenter Einschüchterung“ (2001, S. 83). Insgesamt läßt sich festhalten, daß das Ziel einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls nur sehr begrenzt durch die Einführung von Videoüberwachung zu erreichen ist. Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, wenn überhaupt, auf andere Maßnahmen, wie bessere Beleuchtung oder Polizeipräsenz, zu setzen.

Es stellt sich auf der Folie dieser Ergebnisse die Frage, weshalb trotzdem die Zustimmung zur Videoüberwachung so hoch ist. Reuband hat in seiner vergleichenden Studie zu Düsseldorf und Dresden eine etwas höhere Zustimmung zur Videoüberwachung in der ostdeutschen Kommune festgestellt (2001). Er bietet dafür drei mögliche Erklärungen an: Erstens könnte es sein, daß die Ostdeutschen noch immer eher

24 Fiske geht sogar so weit zu bekaupten: „Surveillance is a perfect technology for non-racist racism“ (1998, S. 79). Sein Argument ist, daß sich Videoüberwachung, will sie Straftaten im Voraus verhindern, auf sichtbare Anzeichen eines möglichen Deliktes stützen muß. Die Norm ist dabei immer der „weiße Mann“, während alles andere Verhalten tendenziell „unnormale“ ist.

25 Diese Feststellung wird meist damit erklärt, dass die Kriminalitätsrate zwar niedriger als in Westdeutschland lag, aber seit der Wende im Vergleich zur DDR-Zeit trotzdem deutlich zugenommen hat, insofern also die Veränderungsraten wichtiger sind als die absoluten Zahlen. Heutzutage scheint es keine Unterschiede mehr zu geben (siehe Fußnote 9, Reuband 2001, S. 8).

einen Überwachungsstaat tolerieren, zweitens könnte es an der fehlenden Diskussion über den Datenschutz, die im Westen in den 80ern intensiv geführt wurde, liegen, und drittens könnte es einen Gewöhnungseffekt in Dresden, wo seit 1999 überwacht wird, gegeben haben. Auf der Grundlage unserer Ergebnisse können wir nun die dritte Möglichkeit ausschließen. In Leipzig zeigt sich, obwohl die Kameras schon wesentlich länger installiert sind als in Dresden, keine erhöhte Zustimmung im Vergleich zu Düsseldorf, sondern eine mindestens ebenso kritische Sicht. Die relativ breiten Proteste vor Ort und die Diskussion der Maßnahme in der örtlichen Tageszeitung scheinen die Bürger auch für die Probleme der Videoüberwachung sensibilisiert zu haben. Reubands zweite Erklärung wäre somit die zutreffende.

5. Fazit

Die Videoüberwachung öffentlicher Räume zur Verbesserung der Sicherheit ist als Eingriff in die persönliche Freiheit der Menschen begründungsbedürftig, und die Frage nach der Gewichtung von Sicherheit versus Freiheit nicht erst seit dem 11. September letzten Jahres auf der Tagesordnung. Meist wird bei der Einrichtung auf die pauschalen Ängste der Menschen verwiesen, und in der Bevölkerung zeigt sich auch eine starke Akzeptanz der Maßnahmen.

In einer quantitativen mündlichen Befragung unter 770 Leipziger Bürgerinnen und Bürgern konnten wir einerseits die Vorstellungen zur Videoüberwachung genauer erfragen, andererseits verschiedene Erklärungen für diese Einstellungen überprüfen. Die starke Akzeptanz der Videoüberwachung zeigte sich auch in der vorliegenden Studie mit einer Zustimmung von 79%. Allerdings wird diese bei genauerem Nachfragen meist relativiert. Die Erfolgchancen werden wesentlich kritischer gesehen, die Orte, an denen man eine solche Überwachung für sinnvoll hält, deutlich eingeschränkt. Nicht einmal die Hälfte der Befragten würde weitere Kameras aufstellen wollen. Diese Diskrepanzen, welche durchaus als kognitive Dissonanzen gedeutet werden könnten, scheinen uns über eine bisher fehlende Thematisierung und über eine noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung erklärbar.

Den theoretischen Hintergrund für die Erklärung bildete eine Kombination aus Kosten-Nutzen-Überlegungen und der Berücksichtigung individueller Werteinstellungen der Menschen. Als empirische Erklärungsfaktoren wurden soziodemographische Merkmale, das subjektive Sicherheitsgefühl, spezifische und allgemeinere Werte und Einstellungen herangezogen. Während die soziodemographischen Variablen in bivariaten Rechnungen sehr wohl einen Einfluß haben, erweisen sie sich im multivariaten Modell, das die anderen drei Erklärungen mit aufnimmt, als schlechte Prädiktoren. Auch das Sicherheitsgefühl trägt nur wenig zur Varianzaufklärung bei. Im besten Erklärungsmodell hatte eine Kombination aus speziellen Einstellungen, vor allem die Überzeugung, daß die Videoüberwachung tatsächlich die Sicherheit verbessert, und allgemeinen Werten den größten Einfluß, wobei letztere durchschnittlich etwas weniger Erklärungskraft aufwiesen. Dennoch ist die insgesamt erklärte Varianz mit knapp 70% ausgesprochen hoch, was nahelegt, statt von Erklärungsmodellen eher von, allerdings nicht immer, wie oben dargestellt, konsistenten, Einstellungssyndromen zu sprechen, welche neben der Einstellung zur Videoüberwachung und Sicherheitsvorstellungen auch bestimmte politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen umfassen. Die Frage, ob sich die Einstellungen zu dem relativ neuen Thema der Videoüberwachung verfestigen und konsistenter werden, bleibt weiteren Studien vorbehalten.

Literatur

- Alisch, Christiane (2001): Kontrolle und Disziplinierung. Was Videoüberwachung und Chipkarten mit Politik zu tun haben, in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- „Big Brother is watching you“ (1995), in: Antifaschistisches Info 32, S. 4-7.
- „Bitte lächeln sie werden beobachtet“ (anonym), in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- Dandeker, Christopher (1994): *Surveillance, Power and Modernity. Bureaucracy and Discipline from 1700 to the Present Day*, Cambridge.
- Davis, Mike (1990): *City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles*, London / New York.
- Dörmann, Uwe / Remmers, Martin (2000): Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung. Eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung als Replikation früherer Erhebungen, Neuwied / Kriefel.
- Dubet, Francois / Lapeyronnie, Didier (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart.
- Eisner, Manuel (1994): Gewaltkriminalität und Stadtentwicklung in der Schweiz. Ein empirischer Überblick, in: *Schweizer Zeitschrift für Soziologie / Rev. Suisse sociol.* 20, S. 179-204.
- Esser, Hartmut (1991): *Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und „Rational Choice“*, Tübingen.
- Esser, Hartmut (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt am Main / New York.
- Esser, Hartmut (1994): Werte und die „Konstitution“ der Gesellschaft, in: Holst, Elke / Rinderspacher, Jürgen / Schupp, Jürgen (Hrsg.): *Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion*, Frankfurt am Main / New York, S. 77-106.
- Fiske, John (1998): *Surveilling the City. Whiteness, the Black Man and Democratic Totalitarianism*, in: *Theory, Culture and Society* 15, S. 67-88.
- Frevel, Bernhard (1998): *Wer hat Angst vor'm bösen Mann? Ein Studienbuch über Sicherheit und Sicherheitsempfinden*, Baden-Baden.
- Frevel, Bernhard (1999): *Kriminalität. Gefährdung der inneren Sicherheit?* Opladen.
- Gantner, Norbert (2001): *Psychologische Aspekte in der Videoüberwachung*, in: Zur Mühlen, Rainer A. von / Stürmann, Peter (Hrsg.): *Videoüberwachung setzt sich durch. Neue Entwicklungen und Trends*, Bonn, S. 77-90.
- Geiger, Andreas (1994): *Verfassungsfragen zur polizeilichen Anwendung der Video-Überwachungstechnologie bei der Straftatbekämpfung*, Berlin.
- Granholm, Jennifer Mulhern (1987): *Video Surveillance on Public Streets. The Constitutionality of Invisible Citizen Searches*, in: *University of Detroit Law Review* 64, S. 687-713.
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der ‚sozialen Stadt‘, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B10-11, S. 13-21.
- Inglehart, Ronald (1981): Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Klages, Helmut / Kmiecik, Peter (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt am Main / New York, S. 279-316.
- Karstedt, Susanne (2000): *Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse. Kriminalität in der polarisierten Stadt*, in: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung*, Opladen, S. 23-47.

- Kirchberg, Volker (1998): Stadtkultur in der Urban Political Economy, in: Göschel, Albrecht / Kirchberg, Volker (Hrsg.): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur, Opladen, S. 41-54.
- Klages, Helmut (1989): Wert, in: Endruweit, Günter / Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 3, Stuttgart, S. 807-811.
- Klages, Helmut (1998): Werte und Wertewandel, in: Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen, S. 698-709.
- König, Robert (2001): Videoüberwachung. Fakten, Rechtslage und Ethik, Wien.
- Kronauer, Martin (1997): Soziale Ausgrenzung und „Underclass“. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan 25, S. 28-49.
- Leone, Arthur (2000): Hand im Schritt. Leipzig ist Spitzenreiter bei der Video-Überwachung von Straßen und Plätzen, in: Jungle World vom 09.02.2000, S. 10.
- Levine, Tom (1996): Kleiner Bruder beobachtet dich, in: taz vom 04.09.1996, S. 12.
- Lyon, David (2001): Surveillance Society. Monitoring Everyday Life, Buckingham u.a.
- Marx, Gary T. (1985): I'll be watching you. Reflections on the New Surveillance, in: Dissent 32, S. 26-34.
- Möller, Klaus P. / Zezschwitz, Friedrich von (Hrsg.) (2000): Videoüberwachung - Wohltat oder Plage? Baden-Baden.
- Murakami, Peter (2000): Futter für den Großen Bruder. Datenschutzbeauftragter kritisiert Videoüberwachung und heimliche Identifikationsnummern bei PCs, in: Junge Welt vom 03.03.2000, S. 5.
- Murck, Manfred (1978): Die Angst vor Verbrechen und Einstellungen zu Problemen der öffentlichen Sicherheit, in: Kriminologisches Journal 3, S. 202-214.
- Nogala, Detlef (2000): Gating the Rich – Barcoding the Poor. Konturen einer neoliberalen Sicherheitskonfiguration, in: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung, Opladen, S. 49-83.
- Nogala, Detlef (2002): Ordnung durch Beobachtung. Videoüberwachung als urbane Einrichtung, in: Gestring, Norbert u.a. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2002, Opladen, S. 33-55.
- Norris, Clive / Armstrong, Garry (1999): The Maximum Surveillance Society. The Rise of CCTV, Oxford.
- Pauleit, Winfried (2001): Videoüberwachung und die ‚condition postmoderne‘, in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- Präventionsrat der Stadt Lingen (Ems) unter wissenschaftlicher Begleitung von Manfred Tücke (2000): Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Möglichkeiten der Prävention in einer Mittelstadt. Regionale kriminologische Analyse der Stadt Lingen (Ems), Lengerich u.a.
- Rada, Uwe (1998): Die Urbanisierung der Angst. Von einer kulturellen zur sozialen und räumlichen Technik der Verdrängung, in: Göschel, Albrecht / Kirchberg, Volker (Hrsg.): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur, Opladen, S. 101-119.
- Reuband, Karl-Heinz (1992a): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965-1990, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44, S. 341-353.
- Reuband, Karl-Heinz (1992b): Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für ‚Law and Order‘-Kampagnen. Umfragebefunde im Trendvergleich, in: Zeitschrift für Soziologie 21, S. 139-147.
- Reuband, Karl-Heinz (1998): Quoten- und Randomstichproben in der Praxis der Sozialforschung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und den Antwortmustern der Befragten, in: ZA-Information 43, S. 48-80.

- Reuband, Karl-Heinz (2001): Videoüberwachung: Was die Bürger von der Überwachung halten, in: Neue Kriminalpolitik 2/2001, S. 5-9.
- Rink, Dieter / Kabisch, Sigrun (1999): Zur räumlichen Konzentration mehrfach benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Leipzig, in: Stadt Leipzig, Dezernat Soziales und Gesundheit (Hrsg.): Lebenslagenreport Leipzig, Leipzig, S. 343-376.
- Roggan, Fredrik (2001a): Aktuelles Polizeirecht. Wie schlecht steht es um die Bürgerrechte? in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- Roggan, Fredrik (2001b): ‚Big Brother‘ zieht aus dem Container in die Innenstädte, in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- Ronneberger, Klaus (2000): Die neofeudale Erlebnisstadt, in: Häupl, Michael / Franer, Kilian (Hrsg.): Das Neue und die Stadt. Urbane Identitäten, Wien, S. 117-137.
- „Sehen und gesehen werden. Diffus und kampagnistisch: Die Rede von der Überwachungsgesellschaft“ (anonym) (2000) in: Diskus 3/2000 (Netzarchiv: www.copypriot.com/diskus/3_00/7.htm vom 24. April 2001)
- Simon, Titus (2001): Wem gehört der öffentliche Raum? Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten, Opladen.
- Stadt Leipzig (2000): Umfrage „Sicherheit in Leipzig“ 1999. Ergebnisübersicht, Leipzig.
- Stierand, Philipp (2000): Videoüberwachte Stadt? Sichere öffentliche Räume als Aufgabe der Stadtplanung. Diplomarbeit an der Universität Dortmund, digitale Version.
- Sturm, Daniel (2000): Big Brother is watching L.E., in: Kreuzer Leipzig 3/2000, S. 18-21.
- Vähling, Christian (2001): Rundum sicher. Einige Vorstellungen und Mythen aus der Sicherheitspolitik, in: [www.aktuelle-kamera.org / text / index.html](http://www.aktuelle-kamera.org/text/index.html) vom Februar 2001.
- Wehrheim, Jan (2000): CCTV. Ein fast ignoriertes Überwachungs-drama breitet sich aus, in: Forum Wissenschaft 2/00, S. 34-40.
- Whitaker, Reginald (1999): Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter, München.
- Zukin, Sharon (1998): Städte und die Ökonomie der Symbole, in: Göschel, Albrecht / Kirchberg, Volker (Hrsg.): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur, Opladen, S. 27-40.

Institut für Kulturwissenschaften
 Universität Leipzig
 Beethovenstraße 15
 04107 Leipzig
 e-mail: hoelscher@rz.uni-leipzig.de